2016.SR.000144 (16/317)

Interpellation Fraktion SP (David Stampfli/Johannes Wartenweiler): Sulgenau und Rossfeld - die Post baut den Service Public ab

Kurz nach der Abstimmung zur Initiative „Pro Service Public“ präsentiert die Post die Schliessung von weiteren Poststellen. Es trifft auch zwei Poststellen in der Stadt Bern, im Sulgenbach und im Rossfeld. Das ist eine Enttäuschung für all jene, die sich in der Abstimmung für einen starken Service Public eingesetzt haben. Die betroffenen Quartiere werden sich gegen diese Entscheide heftig zur Wehr setzen.
Bei beiden Schliessungen verweist die Post auf die Zustimmung des Gemeinderats, was für uns nicht nachvollziehbar ist:

1. Welche Haltung hat der Gemeinderat gegenüber der Post vertreten, als sie ihn mit den geplanten Schliessungen konfrontierte?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Gemeinderat, um diesen Beschluss rückgängig zu machen?
3. Wie will der Gemeinderat sicherstellen, dass die Post ihr Poststellennetz – ihren Service Public – in der Stadt Bern nicht weiter abbaut?

Bern, 30. Juni 2016
Erstunterzeichnende: David Stampfli, Johannes Wartenweiler
Mitunterzeichnende: Bettina Stüssi, Patrizia Mordini, Marieke Kruit, Lena Sorg, Michael Sutter, Benno Frauchiger, Peter Marbet, Katharina Altas, Nadja Kehrli-Feldmann, Christa Ammann, Mess Barry, Nora Krummen, Lukas Meier, Annette Lehmann, Martin Krebs, Halua Pinto de Magalhães, Fuat Köçer, Rithy Chheng, Luzius Theiler, Daniel Egloff

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat setzt sich seit einiger Zeit mit der Problematik der Schliessung von Poststellen eingehend auseinander. Die Gemeinden haben das Recht, die PostCom bei einem Umbau des Poststellennetzes anzurufen. Sie machen davon aber selten Gebrauch, da nur sehr wenige Fälle reelle Erfolgsaussichten für eine negative Empfehlung der PostCom (d.h. eine Empfehlung gegen die Schliessung) haben. Im vorliegenden Fall hat sich der Gemeinderat den Schliessungen nicht widersetzt, da Agenturlösungen in Sulgenbach und Rossfeld angeboten werden und weil er Verständnis hat für die schwierige Situation der Post CH AG aufgrund von sinkenden Briefmengen und zunehmendem Kostendruck.

Mit der Post wurde festgelegt, dass die betroffenen Kreise transparent und frühzeitig über die Änderungen informiert werden. Die Post ging dementsprechend auf die betroffenen Leiste und Gewerbeverbände in Bern 4 und Bern 23 zu und hat diese zu Gesprächen eingeladen. Eine neutrale Vertretung der Stadt war bei diesem Austausch anwesend.

Zu Frage 1:
Der Gemeinderat führt mit der Post einen offenen und vertrauensvollen Dialog. In all diesen Gesprächen wurde seit August 2015 über die Postversorgung und deren Entwicklungsmöglichkeiten in den Gebieten Sulgenbach/Weissenbühl und Felsenau/Rossfeld diskutiert.

In den ersten Kontakten stand die ersatzlose Schliessung der beiden Poststellen zur Diskussion. Der Gemeinderat hat der Post im Herbst 2015 mitgeteilt, dass ein solcher Schritt von ihm nicht akzeptiert wird, auch wenn er ein gewisses Verständnis für die Situation der Post, sich an veränderte

Rahmenbedingungen anzupassen, aufbringt. Der Gemeinderat hat von der Post aber unmissverständlich gefordert, dass im Rahmen der Veränderungen Lösungen geschaffen werden, die auch Vorteile für die Bevölkerung bieten.

Die Bewirtschaftung der Poststellen liegt in der unternehmerischen Verantwortung der Post, welche sich nach den gesetzlichen Vorgaben und dem Grundversorgungsauftrag auszurichten hat. 90 Prozent der Wohnbevölkerung müssen zu Fuss oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln innerhalb von 20 Minuten eine Poststelle oder Postagentur erreichen können. Das Postgesetz macht der Post also Auflagen in Bezug auf ein flächendeckendes Poststellen- und Postagenturennetz, aber auch in Bezug auf die Verbesserung ihrer Wirtschaftlichkeit.

Die Vertreter der Post haben in der Gemeinderatssitzung vom 13. Januar 2016 und der Besprechung vom 3. März 2016 ihre überarbeiteten Vorschläge zu Sulgenbach und Rossfeld ausführlich dargelegt. Die Post hat nach Einschätzung des Gemeinderats die lokalen Gegebenheiten berücksichtigt und in ihre Überlegungen einbezogen. Der Gemeinderat hat zur Kenntnis genommen, dass die Agenturlösungen im Weissenbühl und an der Tiefenaustrasse eine Alternative zu den heutigen Poststellen sind, die für einen Teil der Bevölkerung auch Vorteile bieten, wie zum Beispiel die verlängerten Öffnungszeiten.

Der Gemeinderat hat der Post mit Schreiben vom 24. März 2016 mitgeteilt, dass er sich nach längerer Diskussion und unter den gegebenen Umständen bereit erklärt, die vorgeschlagenen Lösungen zu akzeptieren. Es bleiben gleich viele physische Zugangspunkte für Postdienstleistungen bestehen, die Öffnungszeiten für die Postkunden werden ausgedehnt und die Partner der Post (Apotheke, Maxi-Laden) werden gestärkt bzw. können Synergien nutzen. Er hat die Post aufgefordert, nach ihrem Entscheid auf die betroffenen Leiste und Gewerbeverbände zuzugehen, und dass eine Vertreterin oder ein Vertreter der Stadt Bern diese Gespräche neutral begleitet. Der Gemeinderat legte zudem grossen Wert darauf, dass die betroffenen Kreise durch die Post transparent und frühzeitig über die Änderungen informiert wurden.

Die Post hat dem Gemeinderat im Mai 2016 mitgeteilt, dass sie diese Punkte beachten und die Kontakte in neutraler Begleitung eines Vertreters der Stadt Bern ab 27. Juni 2016 angehen werde.

Zu Frage 2:
Die Post hält am Entscheid fest. Die Bewirtschaftung des Poststellen- und Postagenturennetz liegt in der unternehmerischen Verantwortung der Post, welche sich nach den gesetzlichen Vorgaben und dem Grundversorgungsauftrag auszurichten hat. Diese Punkte sind von der Post eingehalten. Die Post hat den Gemeinderat informiert, dass sie seit Juni 2016 in einem konstruktiven Dialog mit dem Quartierleist Schönau-Sandrain steht und dabei prüft, ob die kommunizierte Lösung mit zusätzlichen alternativen Lösungen ergänzt werden kann.

Der Gemeinderat unterstützt diesen Dialog und wird von der Post laufend über die Ergebnisse informiert. Zudem führt die Post mit den betroffenen KMU- und Gewerbebetrieben individuelle Gespräche, um bei Bedarf massgeschneiderte Lösungen anzubieten. Der Gemeinderat sieht somit keinen Anlass, diesen Beschluss nicht zu akzeptieren.

Zu Frage 3:
In der Stadt Bern ist das traditionelle Postgeschäft seit Jahren rückläufig - bei allen Sendungsgattungen. Der Gemeinderat erwartet von der Post, dass sie mit ihrem Angebot auch in Zukunft ein verlässlicher Partner in der Stadt Bern ist. Die Post legt gemäss ihren Ausführungen Wert darauf, mit ihren Dienstleistungen und Produkten ihre Kundschaft auch in Zukunft möglichst umfassend zu bedienen. Die Post orientiere sich dabei an den Bedürfnissen und Gewohnheiten der Menschen.

Der Gemeinderat erwartet von der Post, dass sie bei Plänen für etwaige Veränderungen den Dialog frühzeitig und transparent sucht.

Zu beachten ist zudem, dass die Schweizerische Post in der Stadt Bern eine sehr wichtige Arbeitgeberin ist und auch investiert, zuletzt bis 2015 rund 300 Millionen Franken in das Geschäftsviertel PostParc am Berner Bahnhof. Bei der Suche nach einer neuen Standortlösung der Konzernzentrale der Post gelang es der Stadt, dass der Hauptsitz beim Bahnhof Wankdorf im Stadtgebiet von Bern bleibt. Mit der Investition und dem neuen Konzernsitz setzt die Post ein gewichtiges Zeichen für die Stadt Bern, das der Gemeinderat zu schätzen weiss.

Bern, 19. Oktober 2016

Der Gemeinderat